

Protokoll der Vollversammlung 14.5.2014

Beginn: 18.24 Uhr

Ende:

Vollversammlung ist nicht beschlussfähig, sie hat damit nur empfehlenden Charakter.

TOP 0 Formalia:

Begrüßung und Vorschlag zur Moderation durch das Präsidiumsmitglied Jonas; Michal und Leo werden vorgeschlagen und ohne Gegenrede/Gegenvorschläge angenommen. Als Protokollierende werden Jonas und Anne vorgeschlagen und ohne Gegenrede/Gegenvorschläge oder andere Spontanbewerber angenommen. Die Moderation erläutert Eckdaten einer VV und lässt die Beschlussfähigkeit, die bei 246 immatrikulierten Studierenden läge, feststellen. Die Zählung der anwesenden Studierenden ergibt 121. Damit genießen gefasste Beschlüsse lediglich empfehlenden Charakter für alle Organe der Verfassten Studierendenschaft. Die Redeleitung unterbreitet dem Plenum einen Vorschlag zur Geschäftsordnung(GO), den sie entsprechend erläutert. (Siehe Geschäftsordnung). Es gibt keine Gegenrede/Gegenvorschläge zur GO, welche in einer anschließenden Abstimmung mit Mehrheit genehmigt wird. Redelistenführende (Rebekka und Jannis) werden vorgeschlagen und genehmigt.

Danach wird die Tagesordnung (TO) vorgestellt. Vorschlag zur TO: vor TOP 1 wird darum gebeten eine Unterschriftenliste rumgehen zu lassen gegen den kommunalen Ordnungsdienst (KOD). Der Betreffende bietet an bei Bedürfnis gerne die Unterschriftenaktion gegen den KOD vorzustellen - das Plenum erachtete dies als nicht notwendig.

RCDS: *Nicht-Befassung mit TOP 4 und TOP 5*. Gegenrede inhaltlicher Natur gegen die Nichtbefassung mit TOP 4: Die Uni sollte ihrer Verantwortung nachkommen.

Für den GO-Antrag der Nichtbefassung sind 7; Dagegen sind deutlich mehr.

→ **GO-Antrag zur Nichebefassung TOP 4 - angelehnt.**

Gegenrede gegen die *Nichtbefassung mit TOP 5*: Der TOP 5 ist wegen den anstehenden Wahlen wichtig.

Für den GO-Antrag sind 11, dagegen deutlich mehr.

→ **GO-Antrag Nichtbefassung zu TOP 5 - abgelehnt.**

Weitere Anträge zur TO: *TOP 4 gerne vorziehen*, da heute noch Termine, man würde sich, also die Gruppe "Sand im Getriebe", gerne vorstellen.

Inhaltliche Gegenrede: Andere Leute haben auch noch Termine.

Für den GO-Antrag sind 41, dagegen sind 46 Studis.

→ **GO-Antrag TOP 4 vorziehen – abgelehnt.**

Weiterer Antrag zur TO: *Tauschen von TOP 2 und TOP 3*, da der TOP 3 wichtiger erscheine.

Gegenrede inhaltlicher Natur: Wichtigkeit von einzelnen TOPs sei subjektiv, deswegen solle man endlich anfangen, die TOP-Liste abzuarbeiten.

Für den GO-Antrag auf Tausch der TOPs sind 29, dagegen sind mehr

→ **GO-Antrag- auf Tausch der TOPs 2 und 3 - abgelehnt**

Anmerkung aus dem Plenum: Die Hälfte der Anträge wurde bisher noch nicht im StuRa besprochen, daher wäre es schön, wenn man auf einer VV in erster Linie Sachverhalte besprechen

könnte, die im StuRa Konflikte ausgelöst haben und wo man sich auf keine gemeinsame Position hat einigen können.

Go-Antrag auf Ergänzung von TOP 1 um Informationen zum Aktionstag zur Hochschulfinanzierung. Dieser GO-Antrag wird ohne Gegenrede angenommen

→ **GO-Antrag: Erweiterung TOP 1 - angenommen.**

TOP 1: Informationen rund um die VS

Der Vorstand stellt das VS-Modell vor.

Anschließend stellen sich ein paar der Referate vor:

Das Pressereferat stellt sich vor; die Treffen finden 1x pro Woche im Medienraum (Donnerstags um 12 Uhr) statt. Betont wird, dass man sich als offene Redaktion sieht.

Das Genderreferat stellt sich vor. Angekündigt wird das nächste Treffen, welches am 26. Mai stattfinden soll.

Das Referat für politische Bildung erläutert, dass es viele Veranstaltung gegen Burschenschaften organisiert, sowie bei dem Juniläum der KTS mitwirkt.

Das Antidiskriminierungsreferat ist eine Anlaufstelle für alle Betroffenen und sorgt für Prävention.

Das Referat für Hochschulpolitik: Es wird die Untersuchung zu den Prüfungsämtern erwähnt.

Darüberhinaus sind die regelmäßigen Treffen immer Montags um 14 Uhr im Studierendenhaus.

Das Umweltreferat trifft sich jeden Montag um 18 Uhr im Café Europa. Neuerdings geplant ist ein Thementag zur Schokoladenproduktion.

Das Außenreferat stellt sich vor, es wird erwähnt, dass wir hierdurch auf Landesebene/Bundesebene vertreten sind.

Das Referat für Erasmus und Auslandsstudium, strebt eine bessere Beziehung zwischen dem International Office und der VS an.

Das Finanzreferat erläutert, dass man hierüber alle finanziellen Angelegenheiten regelt.

Zuletzt stellt sich noch das Regenbogenreferat vor. Diese arbeitet zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, die Treffen sind Montags um 20 Uhr.

Nach der Vorstellung der Referate der VS, werden aktuelle Infos zu den Rektor*innen erläutert.

Der neue alte Rektor wurde wiedergewählt, allerdings ist der derzeit amtierende Prorektor für Studium und Lehre gegen den amtierenden Rektor angetreten hat nach dessen Neuwahl sein Amt niedergelegt. Somit ist diese - gerade für uns sehr wichtige - Stelle vakant.

Weiter wird auf die kommende Uniwahl für den Senat, sowie der Wahlen zu den Organen der VS -Fachbereiche und Initiativen – hingewiesen. Die Listen für die VS-Gremien müssen bis zum 27.

Mai um 14 Uhr im Studierendenhaus eingereicht werden.

Die Erweiterung des TOPs 1 (s. Top 0) zum Aktionstag der Hochschulfinanzierung wird bekanntgemacht. Der Aktionstag findet am kommenden Mittwoch (21.5.2014) statt. Zum Hintergrund wird gesagt, dass aktuell die Aushandlungen zum Solidarpakt III anstehen: Es wird betont, dass die Universitäten in BaWü strukturell unterfinanziert werden, darüber soll an besagtem Tag informiert und konsequenterweise auch dagegen protestiert werden. Studis werden noch gesucht für das Verteilen von Flyern vor der Mensa (Montag und Dienstag), Spontan-Theateraufführungen oder andere Darbietungen (Mittwoch).

Die ursprünglich verlautende Information, dass Lehrveranstaltungen ausfallen würden – wird wiederlegt, da Beamte nicht streiken dürfen.

Frage aus dem Plenum: Inwieweit gab es eine Einbindung von Studis zur Planung auf Landesebene? Da die Form doch recht seltsam gewesen sei.

Antwort: Der Aktionsplan entstand sehr spontan, auch seitens der Landesrektorenkonferenz, deswegen gab es wohl eher keine Einbindung der Studierenden auf Landesebene.

TOP 2: Bio-Fleisch in den Mensen

Der Antrag wird vorgestellt und vorgelesen.

Diskussion:

Plenum: Teilweise wird bei der Mensa Wert auf Regionalität gelegt. In dem Fall dann bitte regionales Biofleisch und kein Biofleisch aus Venezuela.

Was diese Siegel betrifft werden Anstrengungen unternommen, um herauszufinden, was die Selbstzertifizierung wert ist.

Frage: Gilt der Antrag auch auf Fisch – kann der Antrag ausgeweitet werden?

Antwort der Antragssteller*innen: Bisher gibt es keine Zahlen dazu, daher wird eher keine Ausweitung angestrebt. Es handelt sich aber um ein Schritt-für-Schritt-Vorgehen.

Frage: Gibt es einen Antragstext bzw. konkrete Forderung?

Antwort der Antragssteller*innen: Die Forderung dürfte konkret sein. Der Text war im letzten StuRa-Protokoll.

Aus dem Plenum wird verlautet, dass es im Bostro der Mensa bereits die Bio-Linie gibt. Darüberhinaus wird der Antrag begrüßt. Gleichzeitig wird das Bedauern geäußert, dass kein Mut aufgebracht wird weiterzugehen, die HSG hätte auch eine vegetarische Mensa begrüßt, denn Wille scheint ja da zu sein.

Frage aus dem Plenum: Welche Kriterien bestimmen die Zertifizierung? Es gibt ja einen wahren Dschungel an Siegeln und Zertifikaten? Biologisch ist ja nicht gleich ökologisch?

Antwort der Antragssteller*innen: Es gibt das sechseckige staatliche Siegel, alles andere wäre zu aufwendig und zu teuer.

Ein weiterer Studi begrüßt den Antrag ebenfalls und ergänzt, dass Fisch zumindest MSC zertifiziert ist - mehr lässt sich kaum machen, man könnte jedoch auch Biofisch aus FIschzucht fordern.

Antwort aus dem Plenum: Wie gesund und moralisch Fischzucht ist sei dahin gestellt, aber der einzige Fisch den man bedenkenfrei essen könnte wäre der Karpfen. Der schmeckt nur leider nicht.

Plenum: Man sollte beachten, dass Leute nicht wieder unbedarfte Bio-Fleisch essen, nur weil das Biologo drauf ist - es bedarf in dieser Hinsicht vielleicht weiterer Aufklärung.

Umstritten sei außerdem der Zusammenhang zwischen MSC, bio, den Mensen und dem nachweis von Antibiotika.

Antragsstellende: Die antragstellenden nehmen gerne einen weiteren, separaten Antrag zum Thema Abfall in der Mensa auf. Die Gefahr, dass Leute wieder mehr Fleisch essen, wird nicht als ausschlaggebend angesehen um gegen den Antrag zu stimmen.

GO-Antrag: *Schließung der Redeliste* (der Antrag wird erklärt) → **angenommen**

Wir wollen insgesamt ökologischer sein - darüber zu reden, wie wir Menschen dazu bringen, weniger Fleisch zu essen ist hier wenig zielführend.

Einer anderen Meinung nach ist der Aspekt der Regionalität wichtig für den Antrag und sollte in den Antrag eingefügt werden.

Änderungsantrag: "aus der Region" in der ersten Zeile einfügen

Plenum: Es gibt ja schon eine Bio-Linie, man sollte auch bedenken, dass es nicht nur die Mensa in der Rempartstraße für die Uni Freiburg gibt.

Danach wird ausgeführt, dass Große und Kleine Portion logistisch nicht möglich seien in der Mensa Rempartstraße.

Als Ergänzung wird ausgeführt, dass die Umstellung auf Bioproduktion für Landwirte und -wirtinnen 3 Jahre dauert, diese sollten unterstützt werden

In den Mensen steckt ein Riesenpotential für Veränderung, das gegenargument man könne niemanden bevormunden zählt hier nicht. Denn bei Tierquälerei etc. hört die Freiheit des Menschen langsam auf.

Die Qualität des Fleisches würde deutlich verbessert, Erziehungsmaßnahmen sind hier wohl sinnvoll

Auf die Sorge, dass ein erhöhter Fleischkonsum eintreten würde, ist zu antworten, dass dies nicht passiere, da die Portionen ja kleiner würden.

Änderungsantrag, weil wir uns nicht am Zertifikat aufhängen sollten -> das Bio-Siegel ist für die Landbewirtschaftenden sehr teuer. Es sollte auch genügen, wenn die Voraussetzungen für das Siegel erfüllen sind

GO-Antrag auf *Öffnung der Redeliste* aus inhaltlichen Gründen:

Gegenrede inhaltlicher Natur: Wir sind nach fast 2h VV erst bei TOP 2, wir sollten mal zu Potte kommen. Daraufhin wird der **GO-Antrag zurückgezogen**.

GO-Antrag auf Öffnung der Redeliste wird erneut gestellt.

Ein Studi dafür, fast alle anderen dagegen.

→ Go-Antrag Öffnung der Redeliste – **abgelehnt**.

Eröffnung der Debatte zu ÄA1 (Regionalität)

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:

Inhaltliche Gegenrede: Ich habe echte Fragen und ohne eine Antwort kann ich nicht abstimmen.

Mehr Studis sind für den GO-Antrag als dagegen

→ Abstimmung: dagegen 4-5 , **dafür ist die Mehrheit**.

Eröffnung der Debatte zu ÄA2: (inhaltlich Bio ohne Siegel)

Wie kann "den Maßstäben des Bio-Siegels entsprechend" überprüft werden? Welche unabhängigen Stellen gäbe es?

Studiwerk wird sich überlegen welcher Anbieter diesen Maßstäben entspricht und diesen konkreten Anbieter können wir überprüfen

Wie kontrollieren die das denn genau? Problem mit Bio-Siegeln wird gesehen, aber Sorge, dass das alle Türen öffnet ebenso.

Das Studiwerk kauft nicht bei einzelnen Bauern, eine einzelne Überprüfung kostet immens Geld und man wird durch diese Hintertür versuchen, Geld zu sparen.

→ Abstimmung: Änderungsantrag wird mit großer Mehrheit **abgelehnt**

Antrag in endgültiger Form

→ Abstimmung: Es sind **mehr dafür** als dagegen. Der Antrag wird in das StuRa eingebracht werden.

TOP 3: fakultative Studiengbühren

Der Antrag wird eingebracht und vorgestellt.

ÄA: Absatz 4 "Wer allerdings...": Dies ist nicht Aufgabe der Bildung, man sollte auf betreffendes Vokabular verzichten, deswegen soll *der ganze Satz gestrichen* werden.

Es wird darauf hingewiesen in zukünftigen Anträge eine einfachere Sprache zu nutzen.

Was wir unter aussenstuidumsinhalten verstanden – sind das BOK-Kurse?

Es gibt BOK-Kurse, die unter diese Regelung fallen würden. Alle anderen, also jene verpflichtenden dürfen nichts kosten.

Anmerkung aus dem Plenum; Wir sind nun endlich die Studigebühren los und nun wird der Versuch gestartet sie wieder durch die Hintertür einzuführen.

Unis werden wohl in Zukunft dazu gezwungen sein, diese Möglichkeiten auszuschöpfen (Stichwort strukturelle Unterfinanzierung), daher die Überlegung, ob die Forderung nicht an die Landesregierung gestellt werden sollte.

Plenum: Einstufungstests können auch sinnvoll sein (Leute mit schlechten Abinoten, z.B.). Würde man Gebühren verhindern, wären weniger Auffangmechanismen für schlechtere Abiturienten gegeben.

Der Begriff "neo-liberal-kapitalistisch" mag inhaltlich zutreffen, könnte unser Anliegen jedoch politisch torpedieren, da es stark Polarisierend wirkt. Es wird daher eine Umformulierung in weniger polemischenr Sprache angestrebt, die wird der ÄA 2.

Antragsstellende übernehmen ÄA1, sind jedoch gegen die Umformulierung (ÄA2), da die Dinge beim Namen genannt werden sollten.

Weiter wird erwähnt, dass die bisherige Formulierung polarisiert für Nicht-Studierende und Hinzugekommene zu sehr.

Darauf wird geantwortet, dass sich das Schreiben in erster Linie an das Rektorat richtet. Ideologien müssen auch benannt werden und dürfen nicht nur totgeschwiegen werden.

Einstellungstests und Interviews sind tatsächlich unsozial, da Menschen, die sich gezielt darauf vorbereiten können, erhebliche Vorteile genießen.

ÄA2: neoliberal-kapitalistisch streichen und den Rest grammatisch anpassen

Debatte zu ÄA2:

GO-Antrag auf Ende der Debatte

inhaltliche Gegenrede: jemand hat noch Redebedarf.

Abstimmung zum GO-Anzrag: Ende der Debatte → **angenommen**

Abstimmung über ÄA2:

Für den Änderungsantrag 2 sind 21 Studis, dagegen eine Mehrheit.

→ **ÄA2 - abgelehnt**

Antrag in endgültiger Form:

Abstimmung: Dafür sind die meisten

→ **Antrag angenommen**

TOP 4: Platz für Wägler*innen

Wäglerierende und Wäglerierende-Sympathisierende stellen ihren Antrag vor. Ein Betroffener steht als Ansprechperson zur Verfügung:

Man lebe gerne in Wagen, da man die Mobilität, die Gemeinsamkeit und die Möglichkeit mit wenig klarzukommen schätze. Außerdem sei die politische Dimension relevant: Der Wagenverband sei hierarchiearm und solidarisch. Man wolle andere Ansätze leben, weiterentwickeln und unterstützen. Es sei ein Ort für Kunst und Kultur.

Plenum: Gibt es konkrete Begründung der Stadt, warum die Bestrebungen der Wägler torpediert werden?

Antwort: Es gäbe enorme bürokratische Hürden. Weiter wird angemerkt, dass es keine offizielle Begründungen, die nicht das Baurecht betreffen, gibt.

Abstimmung: Die Mehrheit ist für den Antrag.

→ **Antrag ist angenommen.**

TOP 5: Plakatverbot Universität

Dernatrag wird vorgestellt.

Inhaltliche Nachfrage: Wir wissen nicht, welche Listen kandidieren werden - Begrenzung von Platz scheint daher eventuell nicht sinnvoll. Eine Regulierung verhindert, dass bestimmtes Klientel angesprochen werden kann. Es tut (leider) niemanden weh, wenn die Uni zugekleistert wird, und gerade so kann man auf die VS und auf die Wahlen aufmerksam machen.

Papier einsparen ist generell gut, die Einschränkung auf KG I, II, III und IV ist sehr fraglich, auch sind Stellwände wohl nicht ausreichend.

Schlimmer als Plakate sind Flyer – zumindest für die Umwelt. Diese werden nie thematisiert, die Durchführung von Sanktionen sind problematisch und de facto für Senatswahlen verboten.

Plenum: Menschen sind von Plakaten genervt und gehen dann nicht wählen, man sollte reflektiert und verantwortlich führen, durch Plakatflut entstehe der Eindruck, dass die **Studierendenvertretung**.

Antwort: es wird die Naivität der Antwort bewundert. Darüberhinaus wird betont, dass die Flut nicht aufhören wird, da es 2 verschiedene Wahlen am gleichen Termin geben wird, die einen sind

durch die Uni die anderen durch die VS geregelt. Darüberhinaus wird auch die logische Umsetzung der Forderung bezweifelt – platztechnisch.

Diejenigen die zu den Wahlen Flyer asuteilen, könnten sich ja an eine Selbstverpflichtung halten und damit ein Zeichen setzen.

GO-Antrag auf Abarbeitung der Redeliste

Der Go- Antrag wird ohne Gegenrede angenommen. → **angenommen**

Plenum: Wenn ihr als HSG ein Zeichen setzen wollt, dann macht das doch einfach mal. Ohne die ewige Debatte auf der VV.

An die ausgewählten Plätze kommen ja leider nicht alle hin und Vorbeischreitende werden selten stehen bleiben, zu den Stellwänden laufen und sich informieren.

Unfair, weil Antrag nur für Initiativen gilt und nicht für Fachbereiche, also entweder Reglementierung für alle oder für keinen.

Frage: Wie kam es dann zur Plakatflut?

Antwort: es scheint ein Überbleibsel aus der Zeit, als Plakate noch wirklich wichtig waren zu sein. Doch diese Zeit ist seit geraumer Zeit vorbei. Die politische Kultur findet im Internet statt.

Man verspricht sich wohl dennoch einen politischen Mehrwert, deswegen gibt es das wohl noch. Hier kann nur eine Wahl reglementiert werden, nicht beide. Wenn Gruppen für beide Wahlen, also VS-Wahl und Senatswahl erlangen sie im Vergleich zu Gruppen die nur zur Senatswahl antreten, Nachteile.

Man sollte das ganze dezentralisieren: Jede Liste bekommt nur eine Stellwand, darf diese aber aufstellen, wo sie will. Dies ließe sich auch auf Fachbereiche erweitern. ÄA1 – wird von den Antragstellenden übernommen (**Die Änderungsanträge von Joni und Thomas (.....) wurden direkt übernommen**)

Änderungsantrag 2

Der ÄA2 wird eingebracht: Die Begrenzung auf Initiativen soll aufgehoben werden

GO-Antrag: Sofortige Abstimmung des ÄAs

Formale Gegenrede: Für ÄA2

→ Abstimmung: es sind 3 dafür, dagegen sehr viel mehr → **abgelehnt**

Gesamtantrag:

Abstimmung: dafür: 9, mehr, wenn auch nicht so viele mehr. (weil nicht mehr so viele anwesend)

Top 6 Termine und Sonstiges:

Ein paar Termine werden vorgelesen, die Moderation schliesst nun offiziell die Sitzung.

Es wird sich bei den vielen, lieben Helfer*inne bedankt.